



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
14.12.2015

Wie geht es weiter mit dem Münchner Moscheebau-Projekt?

Ich beantrage:

Die LHM legt einen Sachstandsbericht „Münchner MFI-Moschee“ vor, der insbesondere Informationen über

- den bislang noch anonymen Großspender von 4,5 Millionen Euro für den Erwerb eines Moschee-Grundstücks an der Dachauer Straße,
- den aktuellen Planungsstand des Projekts unter konkreter Nennung des derzeit ins Auge gefaßten Baugrundstücks im „Kreativquartier“ an der Dachauer Straße sowie
- eine genaue und aktuelle Übersicht über die inzwischen eingegangenen Spenden für die Errichtung des MFI-Moscheebauprojekts unter Nennung der Einzelspender

ausweist.

Begründung:

Durch die unlängst in Aussicht gestellte anonyme Spende in Höhe von rund 4,5 Mio. Euro für das umstrittene Münchner Moscheebau-Vorhaben geht die Auseinandersetzung um das Projekt jetzt in die nächste Runde. Nach Presseinformationen ist der saudische Spender ein betagter und betuchter Privatmann, der versichert, „nichts mit der Politik des Landes zu tun“ zu haben. Dem Verein MFI („Münchner Forum für Islam“) soll er schriftlich zugesichert haben, „keinen Einfluß auf die inhaltliche Ausrichtung des Gemeindezentrums zu nehmen“. Das MFI hat er angeblich erst vor kurzem bei einem Privatbesuch in München kennengelernt.

Das vom MFI forcierte „Zentrum für Islam in Europa in München“ (ZIE-M) ist in München und weit darüber hinaus schon seit über neun Jahren umstritten. 2010

b.w.

hatte der Münchner Stadtrat unter dem damaligen SPD-OB Christian Ude seine Sympathie für die Errichtung einer Großmoschee bekundet, „in der ein Islam im Sinne des Grundgesetzes gelebt werden“ soll. Einzige Bedingung: der Initiator des Projektes, Imam Binjamin Idriz und sein Verein MFI, müsse sich um die Finanzierung selbst kümmern.

Das Grundstück mit 3.300 Quadratmetern soll 4,4 Millionen Euro kosten – diese Hürde wäre dank der nun zugesagten Großspende überwunden. Das geplante Islam-Zentrum soll auf 6.000 Quadratmetern Moschee, Akademie, Bibliothek, Museum, Wohnungen und Läden umfassen. Der Bau wird auf 30-40 Millionen Euro veranschlagt. Im künftigen Moscheezentrum sollen, was auf besondere Kritik stößt, unter anderem Imame ausgebildet werden.

Wegen der nicht gelösten Finanzierung verlängerte die Stadt München die Frist, in der sie das begehrte Grundstück an der Dachauer Straße reservierte, immer wieder. Die Großspende des Saudis soll in diesen Tagen eingehen.

Umstritten ist das Projekt bis heute, weil dem federführenden Imam Binjamin Idriz intensive Kontakte zu Vertretern radikaler Organisationen nachgewiesen werden konnten. Deshalb waren er und seine Islamische Gemeinde Penzberg von 2007 bis 2010 im bayerischen Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Als Idriz dagegen klagte, verlor er den Prozeß vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht.

Gegen zwei seiner intensiven Telefonkontakte, Oguz Ücücü (Milli Görüs) und Ibrahim El-Zayat von der Islamischen Gemeinschaft Deutschland, wurde 2009 sogar staatsanwaltlich wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. El-Zayat gilt als Führer der Muslimbrüder in Deutschland und war in Ägypten zusammen mit 39 anderen wegen „Nutzung terroristischer Methoden angeklagt“.

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann bezeichnete den Penzberger Imam deshalb öffentlich als Lügner: „Die Wahrheit ist, daß nicht irgendwer irgendwelche Kontakte pflegte, sondern daß Herr Idriz persönlich in ständigem telefonischen Kontakt mit Spitzen dieser radikalen Organisationen stand“, zitierte das Lokalblatt „Münchner Merkur“ 2010 den bayerischen CSU-Innenminister.

2013 lehnte Idriz die Scharia-Verzichtsforderung von liberal eingestellten alevitischen Muslim-Verbänden in Bayern vehement ab. Diese hatten sich aktiv zum Grundgesetz und gegen die Scharia bekannt.

Wegen Idriz' dubioser Kontakte, seiner Biografie und aus vielen anderen Gründen regt sich gegen das Moschee-Projekt schon seit vielen Jahren Widerstand weit über München hinaus. Ein Bürgerbegehren scheiterte, nachdem das Verwaltungsgericht München es aus undurchsichtigen Gründen als unzulässig klassifizierte, obwohl weit mehr als die geforderten 34.000 Unterschriften fristgerecht beigebracht werden konnten.

Jetzt wird damit gerechnet, daß der Streit um das von vielen als unpassend und gigantomanisch empfundene Münchner Moschee-Zentrum an Schärfe zulegt – in Zeiten einer akut zunehmenden islamistischen Terrorbedrohung immerhin eine nachvollziehbare Reaktion. Gerade vor diesem Hintergrund ist eine rückhaltlose Aufklärung der Öffentlichkeit bis in Einzelheiten hinein unabdingbar. Der LHM böte

sich im hier geforderten Sachstandsbericht „Münchner MFI-Moschee“ die Möglichkeit, alle Karten auf den Tisch zu legen und so zumindest ihrerseits für die gebotene Transparenz zu sorgen.

A handwritten signature in purple ink, appearing to read 'Karl Richter'.

Karl Richter
Stadtrat